

# Einladung zur Gedenkveranstaltung an die Pogromnacht am 9. Nov. 1938



Vor der ehemaligen Synagoge Cannstatt  
(König-Karl-Straße zwischen Wilhelmsplatz und Daimler-Platz)

Am Freitag, den 9. Nov. 2012, 18.00 Uhr

Es spricht: Heinz Hummler (VVN-BdA)  
Liedbeiträge vom Freien Chor Stuttgart

Es rufen auf:

DIE LINKE Stuttgart; DKP: Deutsche Kommunistische Partei Stuttgart; DIDF: Freundschafts- und Solidaritätsverein Stuttgart; Freier Chor Stuttgart; SÖS - Stuttgart Ökologisch Sozial, Waldheim Gaisburg, Waldheim Stuttgart e.V. / Clara Zetkin Haus, VVN-BdA: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften (Stand 12.10.2012)  
(V.i.S.d.P.: R. Chevalier, 70439 Stuttgart)

Am 9. November 1938 brannten die Synagogen. Am nächsten Tag wurden jüdische Geschäfte geplündert, jüdische Menschen gejagt, ge- und erschlagen, in KZs verschleppt. Das Pogrom war geplant, organisiert und öffentlich inszeniert. Es war Teil der Vorbereitung und Einstimmung der Bevölkerung auf die zwei monströsen Verbrechen des deutschen Faschismus: die planmäßige Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas im Rahmen des Eroberungs- und Vernichtungskrieg, mit dem die Nazis die Welt überzogen.

Am 9. November 1938 zeigte das 1933 errichtete faschistische Regime der Welt und der eigenen Bevölkerung offen sein wahres Gesicht. Der ausbleibende Sturm der Entrüstung signalisierte, dass auch die kommenden Verbrechen geduldet werden würden. Auf den November 38 folgte die Zerschlagung der Tschechoslowakei im März 39 und der Überfall auf Polen am 1. September. Am Ende des gigantischen Raub- und Eroberungsfeldzuges standen die rauchenden Schloten von Auschwitz und 60 Millionen Tote.

So wie das Pogrom am 9. November, so waren auch die anderen Verbrechen des deutschen Faschismus geplant und vorbereitet worden. Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, rassistische Hetze und schließlich Krieg und Holocaust begannen am 30. Januar 1933 als Reichspräsident Hindenburg auf Betreiben von Teilen der Großindustrie, der Banken und der Generalität den Nazi Hitler zum Reichskanzler ernannte.

An die Opfer dieser Verbrechen zu erinnern, bedeutet auch heute wachsam zu sein. Nicht erst die nun aufgedeckten Morde der Nazibande NSU zeigen, dass sich Neofaschismus, Rassismus und Gewalt wieder breit machen. Seit 1990 starben 182 Menschen als Opfer faschistischer Gewalt. Auch in der Stuttgarter Umgebung nehmen neofaschistische Aktivitäten wieder zu. In Lörrach konnte 2009 ein NPD-Jugendfunktionär gerade noch daran gehindert

werden, eine Splitterbombe fertigzustellen, in Winterbach kam es 2011 zum Brandanschlag gegen Immigranten in einer Gartenhütte, in Riegel in Südbaden raste ein bekannter NPD-Aktivist mit dem Auto in eine Gruppe von Antifaschisten und verletzte einen von ihnen schwer. In vielen Städten der Stuttgarter Umgebung marschieren immer wieder Nazis auf, allein in Göppingen schon sechsmal in diesem Jahr.

Der 9. November 1933 lehrt uns nicht wegzusehen und auch die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu benennen. Im Angesicht von Sozial- und Demokratieabbau insbesondere seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise gedeihen Rassismus und Gewalt. Faschistische Organisationen handeln durchaus im Interesse der Herrschenden wenn sie den legitimen Protest gegen die Verursacher der Krise z.B. auf Migranten umlenken.

Behörden und Justiz schirmen immer wieder neofaschistische Aktivitäten vor berechtigten Protesten ab, Nazigegnerinnen und -Gegner dagegen werden wegen ihres Protestes mit schikanöser Behandlung und Strafverfahren überzogen, wie dies z.B. die stundenlange Einkesselung von DemonstrantInnen anlässlich einer NPD-Werbeaktion im Juli in Stuttgart zeigt.

Unverständlich und skandalös auch, dass der Stuttgarter Staatsanwalt Häusler auf der einen Seite zwar unentwegt gegen antifaschistische DemonstrantInnen und Stuttgart 21-GegnerInnen ermittelt, seit mehr als 10 Jahren aber die Anklageerhebung gegen in Italien bereits wegen des Massakers von Sant' Anna überführte und verurteilte SS-Mörder verschleppt und nun das Verfahren mit fadenscheinigen Argumenten eingestellt hat.

Am 9. November wollen wir deshalb der Opfer gedenken und ein Zeichen dafür setzen, dass gemeinsames Eintreten gegen Faschismus, Rassismus und Krieg auch heute unverzichtbar bleibt.

#### Wir fordern:

- Rassisten und Neonazis stoppen – NPD verbieten
- Rassismus und Faschismus den Nährboden entziehen – gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung
- Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen
- Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und allen anderen Ländern
- Entlassung von Oberstaatsanwalt Häusler